



Der Bau boomt, der Lohn oft nicht

Zoll strengt 2021 in NRW gut 200 Verfahren gegen Baufirmen wegen Verstoßes gegen den Branchenmindestlohn an. IG Bau attackiert Arbeitgeber. Zielkonflikt mit Ampel-Plänen

Von Stefan Schulte

Essen. Der Boom auf dem Bau schlägt sich zumindest bei den Arbeitern häufig nicht in den Löhnen nieder. Nach wie vor werden auf den Baustellen auch in NRW regelmäßig die Mindestlöhne der Branche unterschritten.

Das kritisiert die Industriergewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG Bau) unter Berufung auf Daten der Zollämter. Demnach hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls im vergangenen Jahr Bußgelder in Höhe von 732.000 Euro gegen Baufirmen in Nordrhein-Westfalen wegen Verstoßes gegen das Mindestlohngesetz verhängt und 206 Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. Das geht aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Bern-

„Es kann nicht sein, dass noch immer Unternehmen die Beschäftigten um ihre Löhne bringen.“

Carsten Burckhardt, Vorstand IG Bau

hard Daldrup (SPD) hervor, aus der die Gewerkschaft zitiert.

Etwa jeder zehnte der 2319 Zollbesuche auf Baustellen in NRW oder in Unternehmen mündete damit in einem Verfahren. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit wird tätig, wenn die Mindestlöhne unterschritten, gar nicht oder zu spät gezahlt wurden. Ein Viertel aller Bußgelder entfiel auf den Bau. Hier gilt nicht die gesetzliche Untergrenze, sondern ein Branchenmindestlohn: 12,85 Euro für Hilfsjobs bundesweit und 15,70 Euro pro Stunde für Facharbeiter in Westdeutschland. Doch das galt nur bis Ende 2021, IG Bau und Arbeitgeber verhandeln noch über eine Anschlussregelung.

2021 wurden in NRW mehr Bußgelder verhängt als 2019, also vor Beginn der Corona-Pandemie. Auf dem Bau war von Krise allerdings auch keine Rede, stattdessen kommen die Firmen kaum mit der Abarbeitung ihrer Aufträge nach, müssen Kunden immer länger warten lassen. Im ersten Corona-Jahr ging das auch mit mehr Verstößen gegen



Beim Bau gibt es besonders häufig Verstöße gegen den Mindestlohn. Etwa jeder zehnte Zollbesuch in NRW mündete in einem Verfahren. FOTO: DPA

den Mindestlohn und höheren Bußgeldern einher – sie betragen 2020 mehr als 1,3 Millionen Euro. Dafür war fast ausschließlich ein heftiger Anstieg der Verstöße im Großraum Köln verantwortlich. In den für die Ruhrgebietsstädte zuständigen Hauptzollämtern Dortmund, Duisburg, Düsseldorf und Münster waren die Bußgelder dagegen auch 2020 rückläufig.

Die IG Bau kritisiert die hohe Zahl an Mindestlohnverstößen – und warnt vor einem Zerfall des Tarifsystems. „Die Bauwirtschaft boomt auch in Zeiten der Pandemie. Es kann nicht sein, dass noch immer Unternehmen die Vorschriften unterlaufen und die Beschäftigten um ihre Löhne bringen“, sagt Gewerkschaftsvorstand Carsten Burckhardt. Das schade der gesam-

ten Branche, denn: „Wenn die Arbeitgeber nun auch noch die bewährten Bau-Mindestlöhne abschaffen wollen, dann droht verschärfter Dumping-Wettbewerb – und das ausgerechnet in einer Zeit, in der Fachkräfte dringend gesucht werden“, so Burckhardt.

Streit um Branchenmindestlohn

IG Bau und Arbeitgeber verhandeln am kommenden Montag in Berlin in dritter Runde über eine Neuregelung der Branchenmindestlöhne. Bisher hätten sich die Arbeitgeber neuen Lohnuntergrenzen verweigert, so die Gewerkschaft. Das habe aktuell fatale Folgen: Denn Baubeschäftigte, die nicht nach Tarif bezahlt werden, haben seit Januar nur noch Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn von 9,82 Euro pro Stunde, der mehr als ein Drittel unter dem bisherigen Branchenmindestlohn liegt.

Die Gewerkschaft wirft den Arbeitgeberverbänden HDB und ZDB vor, nur noch den gesetzlichen Mindestlohn zahlen zu wollen, den die neue Bundesregierung im Oktober auf zwölf Euro anheben will. Dagegen wird im Arbeitgeberlager betont, weiter einen Branchenmindestlohn haben zu wollen, aber nur einen einheitlichen für Ost und West und nicht mehrere.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie erklärte auf Anfrage, die bisherigen Verhandlungsrunden hätten in „sachlicher und konstruktiver“ Atmosphäre stattgefunden. Eine Verbandssprecherin betonte: „Wir halten es für möglich, dass wir am 28. Februar einen gemeinsamen Weg finden.“

Kritik an 12-Euro-Marke

■ Als „schweren Schlag gegen die Grundfeste der Tarifautonomie und unserer Wirtschaftsordnung“ haben die NRW-Unternehmer den für Mittwoch angekündigten Kabinettschluss zur **gesetzlichen Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro** zum 1. Oktober 2022 kritisiert. Die Bundesregierung riskiere einen Dammbreach, der auch künftigen Einflussnahmen der Politik sperrangelweit das Tor öffne.



Viele Verstöße gegen Mindestlohn am Bau

Essen. Nach wie vor werden auf den Baustellen auch in Nordrhein-Westfalen regelmäßig die Mindestlöhne der Branche unterschritten. Der allgemeine Boom auf dem Bau schlägt sich damit zumindest bei den Arbeitern häufig nicht in den Löhnen nieder. Das kritisiert die Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG Bau) unter Berufung auf Daten der Zollämter.

Bericht **Rhein-Ruhr**

WAZ Mantel

Chemiegewerkschaft lässt ihre Tarifforderung offen

HANNOVER (dpa) Die Gewerkschaft IG BCE geht lediglich mit der allgemeinen Forderung von Lohnsteigerungen über der gestiegenen Inflationsrate in die Tarifverhandlungen für die rund 580.000 Beschäftigten der Chemie- und Pharmabranche. Eine konkrete Zahl nannte sie laut dem Beschluss ihrer Bundestarifkommission am Dienstag nicht. Es stehe allerdings unabhängig davon „außer Frage, dass am Ende bei Entgelten und Ausbildungsvergütungen ein Plus oberhalb der Teuerungsrate stehen muss“. Die Kaufkraft der Beschäftigten solle gestärkt, mögliche Reallohn-Einbußen müssten vermieden werden.

IG-BCE-Vizechef Ralf Sikorski begründete den Verzicht auf einen vorab festgelegten prozentualen Wert mit der dynamischen Entwicklung: „Das Preisniveau ist im Moment

recht schwankend“, sagte er. Szenarien für die kommenden Monate wichen voneinander ab. Es gehe daher darum, grundsätzlich die „Zielorientierung“ klarzumachen, dass ein angemessenes Entgelt-Plus herauskommen müsse. „Das haben wir drei Monate lang so in den Betrieben diskutiert.“

Die Zuschläge für Nachtschichten sollen nach Vorstellung der IG BCE auf 25 Prozent steigen. Auch die Bedingungen mobiler Arbeit würden ein zentrales Thema in der Tarifrunde, hieß es seitens der Gewerkschaft in Hannover. Außerdem soll es um den Fachkräftemangel und um bessere Angebote für Lehrlinge gehen. Die Tarifgespräche laufen am 2. März zunächst regional in Hessen an. Der bundesweite Auftakt ist dann am 21. März in Hannover geplant.

RP Mantel